

Erklärung des Berliner Ostermarsches 2018:

Berlin 31. März 2018

Wir, Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Berliner Ostermarsch, sind in großer Sorge um die Erhaltung des Friedens in Europa.

Wir sind entsetzt, dass Regierungen ohne Vorlage von Beweisen, lediglich aufgrund von Mutmaßungen, Spekulationen und Behauptungen, die russische Regierung eines Giftanschlags auf Skripal beschuldigen und sich über jedes rechtsstaatliche Prinzip hinwegsetzen, indem sie Sanktionen verhängen und Diplomaten ausweisen. Auch die Bundesregierung beteiligt sich an dieser Strafaktion mit der Begründung, ein "starkes Signal der Einheit" gegen Russland zu setzen.

Die russische Regierung hat - entgegen anders lautender Behauptungen - von Anfang an ihren Willen bekundet, sich an der Aufklärung des Falls Skripal zu beteiligen. Dieses Kooperationsangebot wird von der britischen Regierung aber bis heute ausgeschlagen und von der Bundesregierung ignoriert.

Nach dem Vordringen der NATO bis an die russische Westgrenze wird die Spannung mit Russland weiter eskaliert. Unser Land trägt eine besondere historische Verantwortung für den Frieden mit Russland und in Europa. Vergessen wir nicht, dass dem Krieg Nazi-Deutschlands allein 27 Millionen sowjetische Bürgerinnen und Bürger zum Opfer fielen.

Wir fordern von der Bundesregierung, alles zu tun, um der dringenden Entspannungspolitik mit Russland von westlicher Seite den Weg zu bereiten und mit Rationalität, Vernunft und Sachlichkeit politische Diskussionsprozesse wieder aufzunehmen.

**Setzen wir ein "starkes Signal der Einheit" für den Frieden:  
Entspannung mit Russland – in unserem Namen**